

## Von der Wichtigkeit der Sozialberufe Solidarität mit den Forderungen der ErzieherInnen!

Kitas sind sehr wichtig. Sie ermöglichen nicht nur Müttern, einer Berufstätigkeit nachzugehen, sondern sind auch für die Kleinen ein wichtiger Lernort: erste Sozialkontakte zu Gleichaltrigen, spielerisches Lernen, frühkindliche Förderung und vieles mehr.

Warum also bekommen ErzieherInnen so wenig? Für diese so wichtige soziale Arbeit?

Für DIE LINKE es absurd, dass in unserer Gesellschaft diejenigen, die das Geld verwalten, z.B. Bankkaufleute, Manager usw., gesellschaftlich höher anerkannt sind als die Menschen, die sich um das Wichtigste kümmern, nämlich um andere Menschen, seien es Kinder, Kranke, Alte oder andere Hilfebedürftige. Am Sozialen wird

bei Finanzproblemen immer zuerst gespart – und das ist grundfalsch!

Zu den Folgen gehört z.B. der Personalmangel und die sich daraus ergebende Überforderung der verbliebenen MitarbeiterInnen. In Kitas, Krankenhäusern, Altenheimen... einfach überall da, wo es „nur“ um Menschen geht.

Deshalb fordert DIE LINKE gemeinsam mit den Betroffenen: Mehr Personal in Sozialeinrichtungen! Mehr Lohn für Sozialberufe! Gesellschaftliche Wertschätzung dieser Berufe!

Warum ist das ein Thema für den Frauentag? In sozialen Berufen sind teils immer noch 80% der MitarbeiterInnen weiblich. Die schlechte Bezahlung ist also auch wieder ein Problem, dass

größtenteils Frauen betrifft. Viele Männer hält das, ebenso wie die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung, davon ab, einen Sozialberuf zu ergreifen. Dabei wäre es gerade im Kita-Bereich gut, wenn die Kinder auch männliche Bezugspersonen



**8. März  
internationaler  
Frauentag**

## Gesamtschule Velbert-Neviges: Aufgeschoben, nicht aufgehoben

Nach der Sondersitzung des Rates steht leider fest, dass es auch in diesem Jahr keine zweite öffentliche Gesamtschule geben wird. CDU und SPD halten am Kompromiss Sekundarschule fest, obwohl die bisher geringe Zahl der Anmeldungen an der Sekundarschule und die erneut hohe Zahl der Ablehnungen an der Gesamtschule den Elternwillen klar zeigen.

DIE LINKE hat aber nach langer Diskussion der Umsetzung des Beschlusses vom letzten Jahr, die Heinrich Kölver Schule zu schließen, zugestimmt. Es macht keinen Sinn, dieser Schule, wieder für ein Jahr befristet, falsche Hoffnungen zu machen.

Velbert braucht nur eine Realschule, aber eine zweite öff. Gesamtschule, auf der man alle

Abschlüsse machen kann. Und Neviges ist der richtige Standort dafür.



# Mehr Schulden durch Schweizer Franken?

Es ist mehr als ein Gerücht: Auch in Velbert gibt es Schweizer Franken. DIE LINKE will wissen, wieviele, wo und in welcher Form. Und vor allem, welche Auswirkungen das auf den städtischen Haushalt hat.

Dazu hat DIE LINKE Ratsfraktion für den Hauptausschuss am 28. Januar eine Anfrage gestellt. Die Details der Antwort werden voraussichtlich nichtöffentlich sein. Dennoch appelliert DIE LINKE



an die Verwaltung, die Bürger nicht im Unklaren zu lassen und wenigstens die wichtigsten Informationen öffentlich bekannt zu geben.

Fraktionsvorsitzender Harry Gohr: „Seit Jahren reden wir davon, dass öffentliche Einrichtungen keinen spekulativen Finanzgeschäfte tätigen sollen. Jetzt haben wir den Salat. Hoffen wir, dass sich der Schaden in Grenzen hält.“

Schweizer Franken kann die Stadt in sehr unterschiedlicher Form besitzen. Am unwahrscheinlichsten ist der Besitz von Geld in dieser Währung selbst. Gohr dazu: „Das wäre ja nicht schlimm, dann hätten wir plus gemacht.“

Wahrscheinlicher sind Kredite in Schweizer Franken. Die würden dann teurer in der Rückzahlung.

Unübersichtlich wird es, wenn es um vollkommen spekulative Finanzprodukte wie Options und Swaps geht. Auch die städtischen Töchter dürfen bei der Betrachtung nicht außen vor gelassen werden, denn auch deren Gewinne und Verluste schlagen letztendlich auf den städtischen Haushalt durch.

Zahlreiche Städte in NRW müssen durch die Entkoppelung von Schweizer Franken und Euro um ihre Zahlungsfähigkeit fürchten. So hat etwa die Stadt Bochum weit über 10% ihrer Kredite in Franken aufgenommen und alleine die Stadt Essen 450 Millionen Euro an Schweizer Franken Krediten. Der Steuerzahlerbund NRW geht davon aus, dass im Land Kommunalkredite im Wert von 1,9 Milliarden Euro in Fremdwährung umgeschichtet wurden.

## Regional(ver)plan(t) Am Esel und anderswo

Einmal im Vierteljahrhundert stellt die Bezirksregierung den Regionalplan auf. Damit werden die Weichen für die Stadtplanung gestellt. Dieses Jahr ist es wieder soweit. Bis März darf die Stadt Velbert dazu Stellung nehmen. Wie üblich versucht die Stadt dabei, möglichst viel Spielraum für die Planung von Siedlungs- und Industriegebieten rauszuschlagen, während Umwelt- und Sozialbelange eher unterbelichtet bleiben. Dementsprechend erhält der Regionalplan Beifall, wo er ihn nicht verdient (etwa bei der Ausweisung der Fläche „Am Esel“ als Siedlungs-Reserve-

fläche) und Kritik da, wo er richtiger Weise wichtige Grüngürtel als „Wald“ klassifiziert (und damit vor künftigen Bebauungsplänen schützt). Dass der Regionalplan längst nicht so unverbindlich und fernliegend ist, wie die Verwaltung behauptet, lässt sich wunderbar am Beispiel „Esel“ zeigen. Die 13 Hektar große Fläche ist ausgesprochen schützenswert. Das ist in früheren Debatten gut belegt worden. Sie ist u.a. ökologisch, landschaftlich, als Naherholungsgebiet und als Kaltluftlieferant für Neviges im Sommer wichtig. Man erinnere da an die Pläne der Stadt Velbert für ein integriertes

Klimakonzept. Pech nur, dass das Gelände durch die Nähe zur S-Bahn in den Fokus der Bezirksregierung gekommen ist, die in Düsseldorf fehlende Siedlungsflächen im Umland verteilt. Mit dieser Ausweisung als Siedlungsfläche kann man wirklich nichts anderes machen, als dort dann auch zu bauen. Und die Stadt fordert zusätzlich, benachbarte Waldflecken für die Überplanung freizugeben. Trotzdem verkündet z.B. die SPD, sie sei zwar unter allen Umständen gegen eine Bebauung am Esel, aber dafür, die Möglichkeit dazu in den Regionalplan zu belassen.

# Bebauung der Wilhelmshöhe wieder aller Vernunft

Wieder aller Vernunft hat die Mehrheit von SPD und CDU in Bezirksausschuss Langenberg und im Planungsausschuss den vermutlich rechtswidrigen Bebauungsplan zur Wilhelmshöhe durchge-stimmt. DIE LINKE hält es für eine Frage der Zeit, bis der Plan vor Gericht gekippt wird.

Bezirksausschussvertreter Michael Alfermann: „Das ist Politik absurd: Eine Bebauung, die keiner will, wird mit einer Begründung durchgedrückt, die nicht funktioniert. Einige Verantwortungsträger wollen offenbar nicht eingestehen, dass sie Mist gebaut haben. Eine Farce zu Lasten der Bürger.“

Der Bebauungsplan wurde vom damaligen Bürgermeister Freitag sowie von Vertretern von SPD, CDU und Velbert Anders damit begründet, dass die städtische Tochter EVV schwere Verluste erleiden würde, wenn die Fläche nicht bebaut werde. Hintergrund

ist, dass beim Kauf der Fläche bereits voreilig der Preis für Wohnbauland bezahlt wurde, obwohl das Grundstück noch als Acker ausgewiesen war. Bebauungspläne müssen aber städtebaulich, nicht finanziell begründet werden. Städtebaulich ist dieses Neubauprojekt auf der grünen Wiese, fern von der

notwendigen Infrastruktur, aber fragwürdig. DIE LINKE hatte für den Bezirksausschuss, den Umwelt- und Planungsausschuss und den Rat beantragt, das Bebauungsplanverfahren zu stoppen und eine Exit-Strategie zu erarbeiten. Der Rat muss die Entscheidung noch bestätigen.



## Gesetze „Made in USA“ auch für Velbert?

Die achte Verhandlungsrunde zum Handelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA brachte neue Forderungen seitens der US-Interessenvertreter. Ein „Frühwarnsystem“ soll in Zukunft garantieren, dass nationale (also deutsche) oder EU-Gesetze kein Hemmnis für den Handel darstellen. Der BUND fasst zusammen: „Der Handelspartner - also die USA – soll frühzeitig in die Gestaltung von Gesetzen einbezogen werden. Gibt es Bedenken bezüglich der Auswirkungen eines geplanten Gesetzes auf

den Handel, kann die USA eine unverzügliche Konsultation über das Gesetz einfordern.“

Hier soll wieder ein Stück der nationalen Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit ausgehebelt werden. Schon im vorigen Jahr hat DIE LINKE Fraktion im Velberter Stadtrat auf die möglichen negativen Auswirkungen von TTIP bis hinunter auf kommunale Ebenen hingewiesen und eine entsprechende Resolution zur Abstimmung gestellt. Mit den altbekannten Mehrheitsverhältnissen erklärte sich

dieses Gremium als nicht zuständig.

(Quelle: UZ-Unsere Zeit, 20.2.2015)

+++ aktuell+++ aktuell+++aktuell+++ aktuell+++

### Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

**Jetzt kostenfrei abonnieren unter:**  
<http://newsletter.die-linke.de>

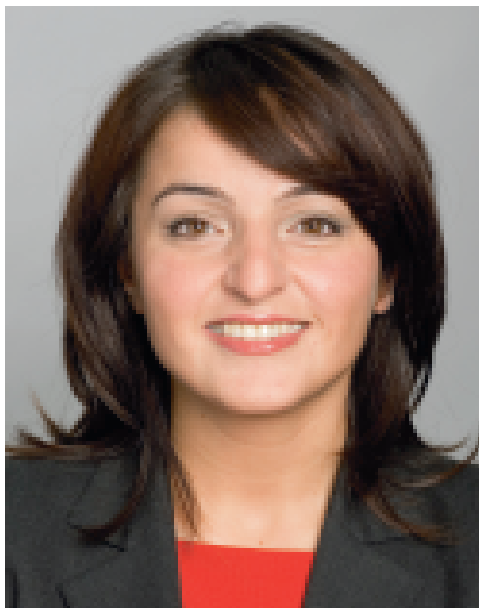
## Pegida-Bewegung: „moderner Rassismus“?

„Vegida-Demos“ gibt es zum Glück noch nicht. Wohl aber Ableger dieser Bewegung in Nachbarstädten. Wenn es hier Organisatoren gäbe, wer würde mitlaufen?

Was sind das für Menschen, die unter diesem Motto auf die Straßen gehen? Nur die, die eh rechts denken? Oder auch bisher „Unpolitische“, deren diffuse Ängste davon angesprochen werden? Wird dadurch der Rassismus, der bisher mehr von Rechten besetzt war, „in der Mitte der Gesellschaft“ deutlich?

Was können und müssen wir Linken tun, damit Menschen nicht diesen Rattenfängern auf den Leim gehen? Einige Ansätze sind:

Über die Hintergründe aufklären, die Argumente der Fremdenfeinde widerlegen und sich solidarisch zeigen mit Ausländern und Flüchtlingen.



Dazu kommt am 23. März um 19 Uhr die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen nach Velbert in die Bürgerstube, Kolpingstraße 11. Die Sprecherin für Internationale Beziehungen der Bundestagsfraktion der Linken wird ein Referat zum Thema "PEGIDA in Deutschland und Rassismus international" halten. Danach wird die Diskussion eröffnet.



### Notfallversorgung erhalten!

Die Schließung der Kindernotfallpraxis ist geplant. Für DIE LINKE ist die Tatsache unverantwortlich, dass kranke Kinder ca. 30km durch die Weltgeschichte geschickt werden, nur um notfallmäßig versorgt zu werden.

## Termin!

**70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus**

**Bürgerstuben, 08.05.15, 19 Uhr**

## Schlüsselbund

Impressum

Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.S.d.P für diese Ausgabe:  
Joschka Baum Ingrid Schween  
Offerstraße 14a 42551 Velbert  
buero@dielinke-velbert.de  
www.dielinke-velbert.de

Die Redaktion behält sich vor,  
Einsendungen zu kürzen.

**DIE LINKE.**  
STADTVERBAND VELBERT

**Aufgemerkt!**

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Unser Büro ist für Sie geöffnet:

Mittwochs: 17:30 bis 18:30 Uhr

Donnerstags: 15:30 bis 17:00 Uhr

Telefonisch erreichen sie uns unter:  
02051/932810

### Wer verdient am Krieg?

Das an Kriegen verdient wird, ist kein Geheimnis. Schließlich wollen Hersteller von Panzern, Waffen und Munition bezahlt werden. In der Ukraine machen Bürokraten aus dem Unwillen, in den Krieg zu ziehen, eine Quelle einträglicher Zusatzverdienste. Für 2.000 Dollar (wer in der Ukraine hat die schon?) kann man sich vom Militärdienst freikaufen. Ein weiteres ganz besonders makabres Beispiel: Sogar für die Beerdigung der gefallenen ukrainischen Soldaten müssen deren Angehörige noch an diejenigen zahlen, die ihre Söhne, Männer oder Brüder in den Tod geschickt haben. Das größte Netz an Beerdigungsbüros in der Ukraine gehört Petro Poroschenko (Präsident der Ukraine. (Quelle: UZ-Unsere Zeit, 20.2.2015)